



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/82 - 12. April 1962

Nur veröffentlicht in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|-----|
| 1 | <u>Keine Unterbilanz der Aufgabenerfüllung!</u>
Haushalt 1962 - wie ihn die SPD sieht | 45 |
| 2 | <u>De Gaulle und Pompidou</u>
Politik mit Sahara-Öl

Von unserem diplomatischen Mitarbeiter | 45 |
| 3 | <u>Das Ende einer Illusion</u>
Keine Rückgabe beschlagnahmten deutschen Vermögens
in den USA | 42 |
| 4 | <u>Tapfere Gefährtin eines großen Mannes</u>
Zum Tode von Minna Ledebour | 46 |
| 5 - 7 | <u>Von Dorf zur Industriegroßstadt (I)</u>

Oberhausen - gestern, heute und morgen
Schmelztiegel von Nationen und Rassen

Von Erik Emig | 123 |

* * * * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Keine Unterbilanz der Aufgabenerfüllung !

Haushalt 1962 - wie ihn die SPD sieht

G.M. Mit Spannung erwartete das Parlament bei der dritten Lesung des Bundeshaushaltes die Rede des Finanzexperten der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. Alex M ö l l e r . Wenn man von Detailfragen absieht, deren Darstellung und Diskussion bei der Vorlage der Einzelpositionen des Haushaltes vorgenommen wird, darf wohl mit Recht gesagt werden, dass Dr. Möller eine Gesamtkonzeption sozialdemokratischer Finanzpolitik entwickelte, die auch schärfste Gegner der SPD zum Aufhorchen zwang.

Möller ging von der Forderung aus, dass auch in schwierigen Zeiten der Haushalt des Bundes keine Unterbilanz der Aufgabenerfüllung aufweisen darf. Weder der Verteidigungsetat noch irgendein anderer Teil des Haushaltsplanes darf "tabu" sein. Die gesamte Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden muss in ihrer Grundkonzeption der Erfüllung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben untergeordnet werden.

Natürlich bedingt eine solche Einstellung den Willen der Regierungsparteien, auch Vorschläge der Opposition in sachlichen Gesprächen zu erörtern; zumal dann, wenn ein Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Cassandra-Rufe über die von ihm selbst zu verantwortende Wirtschaftspolitik ausstösst.

Dr. Alex Möller konnte mit einigen Hinweisen die Hilflosigkeit im Regierungslager zeigen, eine Hilflosigkeit, die gerade jetzt im Zusammenhang mit der Erörterung von Baustopp-Maßnahmen vor aller Öffentlichkeit zutage tritt. Er hätte hinzufügen können, dass die Uneinigkeit innerhalb der Regierungskoalition durch die seit Jahren von Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard selbst entwickelte Vorstellung erzeugt wurde, in der sogenannten freien Marktwirtschaft solle man keine ordnenden Regulative schaffen.

Deutlicher denn je wurde während dieser Haushaltsdebatte, wie berechtigt die seit Jahren von der Sozialdemokratie erhobene Forderung nach einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist. Betretenes Schweigen herrschte auf den Bänken der Regierungskoalition, als Dr. Möller erneut an jenen sozialdemokratischen Antrag aus dem Jahre 1956 erinnerte, in dem alle die jetzt von der Regierung mindestens verbal für notwendig gehaltenen Maßnahmen vergeblich gefordert wurden.

Vielleicht erfüllt sich in Zukunft doch noch die Hoffnung wohl der meisten Staatsbürger, dass die gewiss komplizierten Probleme der Finanzpolitik eines modernen Industriestaates nicht ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt einer parlamentarischen Mehrheit gesehen und durch Beschluss dieser Mehrheit zum "Gesetz" erhoben werden. Auch hier wird eine grössere Beweglichkeit notwendig sein; auch bei der Bewältigung dieser Aufgabe wird man sich davor hüten müssen, in unbrauchbar gewordenen Schablonen weiterzudenken. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat durch ihre sachlichen Vorschläge bei der Beratung des diesjährigen Haushaltes gute Ansatzpunkte für die Entwicklung eines neuen Stils aufgezeigt.

De Gaulle und Pompidou

Von unserem diplomatischen Mitarbeiter * *

Die zu erwartende Ernennung des Direktors der Rothschild-Bank, Georges Pompidou, zum neuen Ministerpräsidenten Frankreichs, bedeutet ohne Zweifel mehr als lediglich die Auswechslung des etwas erschöpften bisherigen Ministerpräsidenten Debré. Pompidou ist ein Mann des "Hintergrunds", ein Finanzsachverständiger von Weltruf, von dem Eingeweihte in Paris wissen, dass er eigentlich schon seit langen die Fäden der französischen Politik fest in der Hand hält. Wenn er gewollt hätte, wäre er schon längst Ministerpräsident geworden, denn seiner klugen Verhandlungstaktik ist es zu verdanken, dass de Gaulle eines der wichtigsten Probleme im Algerienkonflikt - die Zukunft des Sahara-Öls - lösen konnte.

Frankreich hat Milliarden für die Erschliessung des Sahara-Öls investiert und seit jeher damit gerechnet, das "dunkle Gold" eines Tages ausschliesslich zu seinen Gunsten auf den Weltmarkt bringen zu können. Je stärker jedoch die algerische Aufstandsbewegung wurde, und je deutlicher auch Marokko gewisse Ansprüche auf das Öl der Sahara anmeldete, umso weiter rückte der französische Traum einer alleinigen Ausbeutung und Nutznutzung der Ölquellen der Sahara in die Ferne. Dem Direktor der Rothschild-Bank ist es in stiller und zäher Arbeit hinter den Kulissen gelungen, amerikanische, französische, marokkanische und algerische Ökapitalinteressen miteinander zu verbinden, und ausserdem sogar - wenn nicht alles täuscht - nahöstliche Ölmagnaten an dem grossen Zukunftsgeschäft der Sahara zu interessieren. Man behauptet in Paris, dass ein entscheidender Teil der Vorstellungen de Gaulles in Richtung auf die zukünftige Führungswolle Frankreichs in Europa auf dieser Grundlage basiert.

In Schatten dieser gewaltigen Manipulation sind natürlich für einen Mann wie de Gaulle alle anderen sich vielleicht noch aus dem Algerienkrieg ergebenden Probleme von untergeordneter Bedeutung. Das Parlament bleibt ausgeschaltet; es wird wahrscheinlich keine Neuwahlen geben. Damit aber alles seine Ordnung hat, dürfen die Parteien nach den Buchstaben der Verfassung weiter existieren und mehr oder weniger heftige Erklärungen gegen die Präsidialdemokratie des Staatspräsidenten abgeben.

Wie sich das alles in der Praxis der französischen Politik auswirken wird, d.h., wie vor allem die Kommunisten und Gewerkschaften, aber auch die Volksrepublikaner und Sozialisten auf ihre systematische Ausschaltung reagieren werden, ist noch nicht übersichtlich. Es wird sich auch bald zeigen, ob ausser Debré noch andere Minister, wie z.B. der jetzige Außenminister Couve de Murville, verabschiedet werden. Sollte dies der Fall sein, dann darf man annehmen, dass Couve de Murville dem Staatspräsidenten zu sehr "Europäer" ist. Der neue Ministerpräsident Pompidou jedenfalls unterstützt voll und ganz de Gaulles Idee vom "Europa der Vaterländer". Wenn er erst einmal neben de Gaulle die offizielle Schlüsselfigur der französischen Politik sein wird, dürfte es auch Herrn Dr. Adenauer nicht mehr nützen, ständig auf die "volle Übereinstimmung mit meinem Freund de Gaulle" hinzuweisen.

Das Ende einer Illusion

sp. - Eine schmerzliche Enttäuschung für 300 000 Aktionäre ist die Antwort des Bundesaußenministers Dr. Schröder auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dr. Mommer, inwieweit Aussichten auf eine Rückgabe des während des zweiten Weltkrieges beschlagnahmten deutschen Vermögens in den USA bestehen. Dr. Schröder mußte diese Frage verneinen. Damit scheint der Schlußpunkt unter ein Kapitel mit vielen unerfreulichen Aspekten gesetzt. Noch im Jahre 1957 hatte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Eisenhower, erklärt:

"Die amerikanische Regierung wird, um der historischen amerikanischen Politik der Unantastbarkeit des Eigentums selbst in Kriegszeiten Ausdruck zu verleihen, dem Kongreß zu Beginn der neuen Sitzungsperiode (also nach dem Januar 1958) einen Plan für die Rückgabe der noch immer beschlagnahmten deutschen und japanischen Vermögen vorlegen".

Dieser Plan stieß auf heftigen Widerstand im Repräsentantenhaus. Der Einfluß der neuen Eigentümer des ehemaligen deutschen Vermögens in den USA erwies sich stärker als das Versprechen Eisenhowers, wobei sich der Verdacht erhebt, ob Eisenhower mit dieser Ankündigung Wahlunterstützung für den deutschen Bundeskanzler geben wollte. Adenauer machte reichlichen Gebrauch davon, stellte er doch diese Ankündigung schon als Gewißheit hin.

Bei den beschlagnahmten Vermögen handelt es sich immerhin um die gewiß nicht geringe Summe von 2 270 Millionen DM. Daß diese Summe den früheren deutschen Eigentümern nun gänzlich verlorengeht, fällt freilich auch auf das Schuldkonto der Regierung. Sie hatte sich 1952 in den Pariser Verträgen verpflichtet, die deutschen Eigentümer aus Mitteln der Bundesrepublik für die beschlagnahmten Beträge zu entschädigen und auf Rückgabe seitens der USA zu verzichten. Dieser schriftlich fixierte Verzicht wurde in den Händen der Gegner einer Rückgabe zur schärfsten Waffe; was darauf folgte, glich mehr einem Schattenboxen. Auch das Angebot der USA, Vermögen bis zur Höhe von 40 000 DM an die früheren Aktionäre freizugeben, fand in Bonn keine Gegenliebe. Unter dem Druck einflußreicher Großaktionäre handelte sie nach der Devise: alles oder nichts. Es ist schon um des guten Verhältnisses zu den USA notwendig, auch diese Seite im Gedächtnis zu behalten.

So schmerzlich die Beschlagnahme ihres Vermögens für viele Tausende Kleinaktionäre sein muß, so gewiß ist es auch, daß durch die unglückliche Verhaltensweise der Bundesregierung es nicht zur Linderung der größten Härten kommen konnte und Bonn selbst solche Chance verpaßte.

Tapfere Gefährtin eines großen Mannes

Zum Tode von Minna Ledebour

P.M. - Der Tod von Minna Ledebour, von dem jetzt aus Bern Kunde kam, weckte Erinnerungen an eine bewegte Epoche sozialdemokratischer Parteigeschichte. Minna Ledebour war die Lebensgefährtin von Georg Ledebour, der in der wilhelminischen Ära neben Bebel der wohl markanteste sozialdemokratische Parlamentarier war. Fast ein Vierteljahrhundert hat er dem Reichstag angehört, wo er insbesondere als scharfer Kritiker der Außen- und Kolonialpolitik des kaiserlichen Reiches hervorgetreten ist. Streitharter Vertreter des linken Parteiflügels, aber bei aller Radikalität unterschiedener Demokrat, spielte er in den Revolutionswirren nach dem ersten Weltkrieg eine vordergründige Rolle, und als er, damals schon 69jährig, im "Ledebour-Prozess", der im Zusammenhang mit den Berliner Januar-Unruhen von 1919 gegen ihn angestrengt wurde, durch unerschrockenes Auftreten vor Gericht und kluge Selbstverteidigung einen glänzenden Freispruch von der Hochverratsanklage erreichte, wurde er als Held gefeiert.

Minna, einem alten märkischen Bauerngeschlecht entstammend, lernte ihn noch zur Zeit des Sozialistengesetzes kennen, als er zusammen mit Mehring Redakteur an der "Berliner Volkszeitung" war und Abend-schulungskurse für bildungsbegeisterte Berliner Arbeiter hielt. Lehrer und Schülerin schlossen 1895 den Bund fürs Leben, und Frau Minna ist ihm dann mehr als ein halbes Jahrhundert die tapferste Gefährtin gewesen, die ein wechselvolles Schicksal, Kampf, Not und Gefahr in selbstverständlicher Opferbereitschaft getreulich mit ihm geteilt hat. 1932 begannen für beide die bitteren Jahre der erzwungenen politischen Untätigkeit im Berner Exil, die dennoch erträglich waren, nachdem ihnen der befreundete Robert Grimm, langjähriger Führer der schweizerischen Sozialdemokratie, Asyl in einer kleinen Mietwohnung und eine bescheidene Pension gesichert hatte.

Georg Ledebours Hoffnung, noch einmal in den Gang des deutschen Geschehens eingreifen zu können, erfüllte sich nicht, doch hat er den Sturz des Hitler-Regimes noch erlebt. Als er 1947 starb, war er nicht weniger als 97 Jahre alt, und fast hat auch die um 17 Jahre jüngere Minna dieses biblische Alter erreicht, sie wäre im Oktober 95 geworden. Kurz vor dem Tode ihres Mannes hatte sie sich bei einem Sturz auf vereister Gehbahn das Hüftgelenk gebrochen, so daß sie in der Fortbewegung etwas behindert war. Trotzdem gab sie ihre Unabhängigkeit nicht auf, und erst im vergangenen Sommer ließ sie sich nach langem Widerstreben endlich dazu bewegen, sich in die Obhut eines Altersheims zu begeben. Ihre geistige Kraft blieb ungebrochen, und das stolze Bewußtsein, mit Georg Ledebour gelebt zu haben sowie das Bestreben, sein Andenken zu bewahren, hat sie bis zuletzt erfüllt. Sie hatte auch die Genugtuung, ein eindrucksvolles Zeugnis seiner Persönlichkeit und seines Wirkens in Gestalt des Buches "Georg Ledebour - Mensch und Kämpfer" vorlegen zu können, das 1954 im Europa-Verlag, Zürich, erschienen ist und in viele deutsche Arbeiterbibliotheken Eingang gefunden hat.

Vom Dorf zur Industriegroßstadt (I)

Oberhausen - gestern, heute und morgen

Von Erik Emig

Oberhausen, heute eine der sechs grössten Städte im Ruhrgebiet, feiert in diesem Jahr den 100. Geburtstag. Angesichts der vielen alten und in der Vergangenheit bedeutenderen Großstädte Westdeutschlands mag dies kein besonderer Anlass sein, Feste zu feiern, wie es in diesem Jahr in Oberhausen geschieht, Stiftungen zur Förderung menschlicher Kontakte zu gründen und eine neue Fest- und Kongresshalle fertigzustellen, eine der technisch vollkommensten und modernsten Festhallen in der Bundesrepublik. In diesen Manifestationen des Selbstbewusstseins zeigt sich deutlich der Wandel, den diese Stadt am nordwestlichen Rande des Industriereviers im Laufe ihrer hundertjährigen, stürmischen Entwicklung erlebt hat.

Die Entwicklung zur Großstadt war und ist in Oberhausen mit einem schweren Erbe belastet. Die Stadt hat sich nicht organisch entwickelt, sondern sprunghaft. Menschen aus allen Himmelsrichtungen strebten hier zusammen. Bei der Gründung der Gemeinde Oberhausen zählte der gerade industrialisierte Flecken knapp 6000 Einwohner, hundert Jahre später sind es 261 000. Dieser Zuwachs ist überwiegend auf "Einwanderer" zurückzuführen, die aus allen Teilen Deutschlands und des Auslands in die Werkstatt-Stadt Oberhausen kamen.

Drei "Einwandererwellen"

Drei grosse "Einwandererwellen" waren es: die erste etwa um die Jahrhundertwende, die zweite nach dem ersten Weltkrieg und die dritte schliesslich nach 1945; 40 000 Flüchtlinge und Heimatvertriebene haben in Oberhausen eine neue Heimat gefunden. In den letzten Jahren kamen Gastarbeiter aus Spanien, der Türkei, aus Griechenland und Italien. Nicht alle werden wieder in ihre angestammte Heimat zurückkehren. Schon jetzt zeigt sich bei vielen die Neigung, hier zu bleiben; sie holen ihre Familien hierher, sie richten sich ein, sie gewöhnen sich an die verrußte, rauchige Landschaft der Zechentürme, Hochöfen und Werkshallen, sie akklimatisieren sich in den "Schichten unter der Dunstglocke". Gewiss, manche ertragen ihn nicht, den grauen, diesigen Himmel, der nur oft stundenweise vom klaren Sonnenlicht erhellt wird.

Die Industrie bestimmte und bestimmt das Gesicht der Stadt und das Leben ihrer Menschen. Seit 1865 ist es klar: das Schicksal dieser Stadt wird für alle Zukunft aufs engste mit dem der Industrie verbunden sein. Die Stadt wird dieses Schicksal teilen müssen in guten wie in bösen Tagen. Und sie hat es redlich geteilt. Die Rückschläge und Erfolge der grossen Industriewerke waren die Rückschläge und Erfolge auch der Stadt. Oberhausen ist die "Wiege der Ruhrindustrie"; auf dem Boden der heutigen Großstadt wurde 1758 die erste Eisenhütte des Ruhrgebietes in Betrieb genommen, schon 1782 folgte die zweite Eisenhütte, 1791

die dritte; 1808 wurden sie zusammengeschlossen und nachdem das ehemals völlig unbedeutende Gebiet östlich des Niederrheins durch die Eisenbahn erschlossen war, entwickelte sich die Industrie in rascher Folge. Aus einer verlassenen, öden Heidelandschaft wuchs rund um Industriewerke und Abraumhalden ein riesiges Gebilde menschlichen Zusammenlebens.

Rhythmus von Kohle, Eisen und Stahl

Heute arbeiten rund 10 000 Bergleute in Oberhausen täglich unter Tage; aus 900 m Tiefe fördern die Zechen Tag für Tag 20 000 t Steinkohle, noch immer der wichtigste Energieerzeuger für unsere Industrie, für unseren Alltag. In den modernen Hochofenanlagen werden täglich 4 700 t Roheisen geschmolzen, in den Hüttenwerken werden täglich 5 600 t Stahl produziert. Mehr noch als die Industrieanlagen fallen dem Besucher der Stadt die Abraumhalden und die Dunst- und Rauchschwaden über den Häusern der Stadt auf. Alle halbe Stunde schmilzt ein Stahlkonverter seine Fülle. In einer Tonne Schmelzgut stecken 25 kg Eisenoxyd, in einem 60 t Konverter mehr als 20 Zentner. Das wird in die Luft geblasen und schlägt sich nur zu geringen Teilen sofort nieder. Diese Dunstglocke, noch immer ein Relikt der den Menschen missachtenden Industrialisierung des vergangenen Jahrhunderts, ist das deutlichste und gegenwärtigste Symbol der Werkstatt Oberhausens, in der Eisen geschmolzen, Stahl geschmiedet und in jeder Form weiter verarbeitet wird. Der Rhythmus von Kohle, Eisen und Stahl, der Rhythmus der grossen Werkstatt bestimmt das Leben der Menschen.

Sünden der Vergangenheit

In den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung wurde der menschliche Aspekt - nicht nur in Oberhausen - stark vernachlässigt. Der technische Fortschrittsoptimismus anerkannte nicht den Menschen als Maßstab. Zwar gab es einige Versuche, das soziale Los der Arbeiter zu bessern, aber das Sozialgefüge im Ganzen war ein Gestrüpp von Halbheiten und Unzulänglichkeiten, von gutem Willen und völligem Versagen. Zwar nahm die Bevölkerung ständig zu, zwar versuchte die Behörde die Menschen sesshaft zu machen, aber allzu naiv-gläubig war der Blick in die Zukunft gerichtet, als dass man sich allzu lange mit der Gegenwart aufgehalten hätte.

Mit dem Stadtbewusstsein, dem Gemeinschaftssinn, ohne den ein Gemeinwesen nicht wachsen und gedeihen kann, klappte es nicht in diesen Jahren. Es fehlte die Tradition, die organische Entwicklung hin zu jener weltoffenen Urbanität, die erst das Wesen einer Großstadt ausmacht. Allzu rasch musste die Stadt immer wieder neue Menschen aufnehmen: Rheinländer, Westfalen, Hunsrücker, Ost- und Westpreussen, Schlesier, Siebenbürger, Polen, Tschechen, Italiener, Holländer. Oberhausen wurde zur am grünen Tisch geplanten Pasterstadt. In der Welt der Technik regierte die Zahl - was ist der Mensch? Er ist eine

Arbeitskraft. Und Arbeitskräfte wurden in Oberhausen immer benötigt. Die letzte Welle neuer Menschen, die Flüchtlinge und Vertriebenen, hatten es besonders schwer, heimisch zu werden, obwohl gerade die Stadt Oberhausen durch mannigfache vorbildliche Sozialleistungen ihr Los zu erleichtern suchte. Aber diese Menschen hatten ihre Heimat verloren, sie kamen aus ländlichen Gegenden in eine schwer zerstörte Industriegroßstadt, die eingekeilt liegt zwischen anderen Industriegroßstädten, zwischen Essen, Duisburg und Mülheim. Oberhausen hat städtebaulich, sozialpolitisch und kulturell ungeheuren Nachholbedarf.

Damit sind wir mitten drin in den Problemen der Großstadt Oberhausen, einer Stadt mit über 260 000 Einwohnern, mit einer Wohndichte von 3 358 Menschen je qkm. Diese Menschen fühlen sich nicht alle als Oberhausener. Es gibt wenig Städte in Deutschland, deren Bevölkerung so heterogen zusammengesetzt ist. Diese verschiedenen, in ihren Ansichten, ihren Erfahrungen, ihrem Herkommen und ihrer sozialen Stellung so verschiedenen Bevölkerungsteile zu urbaner Einheit umzuschmelzen, ohne die charakteristische Individualität zu verwischen - das ist eine grosse kommunalpolitische Aufgabe.

"Wir wollen 100 Jahre jung sein"

Städteplanung ist in Oberhausen ebenso wichtig wie eine aktive Sozialpolitik und eine lebendige, dem Gegenwärtigen zugewandte Kulturpflege. Der moderne Städtebau gibt die Möglichkeit, die verschiedenen Stadtteile, die durch breite Verkehrswege und ausgedehnte Industriekomplexe auseinandergetrieben werden, enger aneinander zu binden zu einem lebendigen, vielgestaltigen Stadtgefüge. Hier liegt für Oberhausen eine grosse Chance. Rat und Verwaltung haben diese Chance erkannt und schon durch viele Taten zu verwirklichen begonnen.

Wenn es unserer und der nächsten Generation gelingt, den törichten, zweckoptimistischen, naiven Fortschrittsglauben zu überwinden, wenn wir gelernt haben, nicht für, sondern mit der Technik zu leben, dann wird auch diese Stadt eine Blüte erleben, die sich nicht nur an den Produktionszahlen der Industriebetriebe ablesen lässt. Der Mensch muss Maßstab werden. Das ist ebenso notwendig wie der Gemeinsinn Voraussetzung kommunaler Selbstverwaltung ist. Oberhausen ist dafür wegen seiner Jugend ein interessantes Beispiel.

Und so ist auch das Motto zu verstehen, das die Oberbürgermeisterin Luise Albertz den Feiern zum 100. Geburtstag gab:

Wir wollen 100 Jahre jung sein!

+ + +